

Wie stehen die Parteien eigentlich zu sicheren Abtreibungen?

Frage 1: Unterstützen Sie die Europäische Bürgerinitiative “My Voice, My Choice”, die einen sicheren und erleichterten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in der EU ermöglichen möchte?

SPÖ: Ja, seit vielen Jahren setze ich mich politisch für den freien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen EU-weit ein. Ein großer Erfolg war, als wir im April 2024 eine Resolution im Europäischen Parlament mit großer Mehrheit eingebracht haben, in der wir fordern, dass der Zugang zu Abtreibung in der EU-Grundrechtecharta ein für alle Mal abgesichert werden muss.

Die Grünen: Ja. Wir unterstützen jede Initiative, die ungewollt Schwangeren Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ermöglicht. Denn: Jede Frau hat das Recht, selbstbestimmt über ihren Körper zu entscheiden. Vor 50 Jahren haben unsere Mütter und Großmütter gegen den Widerstand von Kirche und Konservativen die Fristenlösung durchgesetzt. Jetzt ist es an der Zeit, Schwangerschaftsabbrüche endlich zu entkriminalisieren und sie kostenfrei und in der Nähe des Wohnorts in öffentlichen Spitälern durchzuführen. Dafür kämpfen wir Grüne weiterhin mit vielen Verbündeten.

KPÖ: Ja, die KPÖ spricht für einen flächendeckenden und kostenlosen Zugang zu reproduktiver Medizin, wie dem sicheren Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen, aus.

NEOS: Ja, weil Selbstbestimmung.

Frage 2: Werden Sie im Europäischen Parlament "My Voice, My Choice" mit Ihrer Stimme unterstützen, wenn diese 1 Million Unterschriften erreicht und von der Kommission vorgelegt wird?

SPÖ: Ich werde mein politisches Engagement diesbezüglich natürlich weiterhin fortsetzen. Der Zugang zu Abtreibung ist ein Grundrecht und muss als solches in der EU-Grundrechtecharta verankert werden. Und es ist wichtig, dass alle EU-Mitgliedsstaaten die Abtreibungen vollständig entkriminalisieren: für Österreich heißt das: Der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch muss raus aus dem Strafgesetzbuch. Es freut mich, großes zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Zusammenhang in der EU und auch in Österreich zu sehen. Die Kampagne „AusPrinzip“ zeigt, dass viele Österreicher:innen es auch so sehen, dass wir in Österreich 50 Jahre nach Einführung der Fristenlösung bereit für den nächsten Schritt sind!

Die Grünen: Ja. Wir Grüne setzen uns für Maßnahmen und Finanzinstrumente ein, damit Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen wollen oder müssen, das auch im Rahmen von sicheren Abtreibungsbehandlungen in der EU tun können. Europa- und weltweit wollen

Rechte und Konservative hart erkämpfte Selbstbestimmungsrechte von Frauen einschränken. In Ländern wie Polen oder Ungarn haben sie das schon getan. Wir müssen uns deshalb weiterhin entschlossen gegen diese rückwärtsgewandte Politik stellen und die Situation von ungewollt Schwangeren EU-weit verbessern.

KPÖ: Ja, gemeinsam mit der Linksfraktion im Europaparlament werden wir uns für das Anliegen der Initiative einsetzen.

NEOS: Ja. Wenn eine Petition genügend Unterschriften bekommt, muss sich natürlich jeder dafür einsetzen, dass diese ordentlich behandelt wird und direktdemokratische Anliegen nicht ignoriert werden. Wichtig in den Überlegungen zur Umsetzung ist, wie jeder Mitgliedstaat seine Aufgaben erfüllen kann.

Frage 3: Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich ist sehr begrenzt. Zum Beispiel gibt es im Burgenland keine Ärzt_innen, die Abtreibungen durchführen – in Vorarlberg gibt es nur eine Anlaufstelle. Sind Sie für den Ausbau von Anlaufstellen für sichere Schwangerschaftsabbrüche in Österreich?

SPÖ: Ja, es ist essentiell, dass Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen möchten, dies sicher, unter fachkundiger medizinischer Betreuung tun können und ohne quer durchs Land fahren zu müssen. Parallel dazu ist es natürlich präventiv wichtig, Sexual- und Beziehungserziehung auszubauen und für alle zugänglich zu machen.

Die Grünen: Ja. Ungewollt Schwangere befinden sich in unzumutbaren Situationen und müssen teilweise in ein anderes Bundesland fahren, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch durchführen wollen. Wir Grüne haben ermöglicht, dass die Abtreibungspille Mifegyne auch von Gynäkolog:innen verschrieben werden kann. Damit haben wir den Zugang zum medikamentösen Abbruch erleichtert und ungewollt Schwangere müssen somit nicht mehr extra in ein Krankenhaus fahren. In Vorarlberg haben wir gemeinsam mit Pro Choice-Aktivist:innen gegen den Widerstand der ÖVP durchgesetzt, dass Schwangerschaftsabbrüche im LKH Bregenz möglich sind. Im Burgenland regiert die SPÖ allein, dort gibt es keine einzige Möglichkeit, eine Schwangerschaft abzuberechnen. Das ist beschämend. Die SPÖ muss hier endlich handeln. Unser Ziel ist und bleibt der entkriminalisierte, kostenlose Zugang in Krankenhäusern - österreich- und europaweit.

KPÖ: Ja, der sichere und flächendeckende Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist ein wichtiges Anliegen.

NEOS: Ja. Ein Abbruch ist eine sehr individuelle Entscheidung. Da dieser möglich ist, muss aber auch sichergestellt sein, dass diese Möglichkeit auch wirklich genutzt werden kann. Ein Recht auf eine Durchführung eines Abbruchs ohne das Angebot einer Durchführung existiert schließlich nur auf dem Papier und hilft damit keiner Betroffenen.

Frage 4: Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche betragen in Österreich bis zu mehreren hundert Euro, die selbst übernommen werden müssen und für ungewollt Schwangere eine große Hürde darstellen. Sind Sie für einen kostenfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen?

SPÖ: Ja, Schwangerschaftsabbrüche müssen kostenfrei erfolgen. Es darf keine finanzielle Hürde geben. Es ist essentiell, dass der Abbruch für alle Frauen zugänglich ist.

Die Grünen: Ja. Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist ein Menschenrecht. Es ist inakzeptabel, dass ungewollt Schwangere mehrere hundert Euro für einen medizinischen Eingriff zahlen müssen. Ein Schwangerschaftsabbruch darf aus unserer Sicht kein Luxusgut sein. Es ist daher längst überfällig, dass die Kosten dafür von der Krankenkasse übernommen werden. Denn wir wissen schon lange: Wer den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erschwert, verhindert sie nicht, sondern bringt nur Frauen in unnötig lebensgefährliche Situationen.

KPÖ: Ja, die KPÖ tritt für Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein ein.

NEOS: Hier ist ein klares Ja oder Nein leider nicht möglich. Selbstverständlich gibt es Situationen, nach beispielsweise einer Vergewaltigung, wo es absolut absurd wäre, von einem Opfer die Kosten für einen Abbruch zu verlangen. Wer auf einen Abbruch angewiesen ist, soll auch die Möglichkeit von gestaffelten Zuschüssen nutzen können. In manchen Fällen lässt ein generell kostenfreier Zugang aber auch Fragen offen. Es geht darum, diejenigen, die es sich selbst nicht leisten können, zu unterstützen und keine Hürde für ökonomisch benachteiligte Betroffenen zu haben - das sollte im Sinne eines fairen Zugangs nicht der Fall sein.

Frage 5: Verhütungsmittel sind vor allem für junge Menschen eine finanzielle Hürde. Sind Sie für kostenlose Verhütungsmittel – in Österreich? Und in der EU?

SPÖ: Im EU-Vergleich hinkt Österreich diesbezüglich deutlich hinterher. Der European Contraception Policy Atlas des Europäischen Parlamentarischen Forums für sexuelle und reproduktive Rechte (EPF) stellt Österreich mit 61,7% von 100% ein düsteres Zeugnis aus. In vielen Ländern der EU werden Kosten für Verhütungsmittel übernommen: insbesondere für junge Menschen, für Menschen in prekären Situationen oder oft gibt es Unterstützung für langfristige Verhütung, wie bspw. die Spirale. In Österreich gibt es keine dieser finanziellen Unterstützungen und ich finde, das muss schleunigst geändert werden!

Die Grünen: Ja. Kostenlose Verhütungsmittel unterstützen eine selbstbestimmte Familienplanung, reduzieren die Anzahl ungewollter Schwangerschaften und schützen vor übertragbaren Geschlechtskrankheiten. Viele Menschen, insbesondere Frauen, können sich aber einfach keine sicheren Verhütungsmittel leisten. Sie greifen dann zu günstigeren, weniger sicheren Methoden oder verhüten gar nicht. Und das können wir nicht akzeptieren. Für eine selbstbestimmte Sexualität ist es daher dringend notwendig, dass alle Menschen

unabhängig von ihrem Kontostand Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln haben – in Österreich und in der EU.

KPÖ: Ja, die KPÖ tritt für die Abgabe von kostenlosen Verhütungsmittel ein.

NEOS: Auch hier ist die Antwort eine Frage des Anwendungsgebiets. Gerade junge Menschen, die noch nicht selbst verdienen und nur sehr bedingt Mittel zur Verfügung haben, sollten jederzeit auf Verhütungsmittel zugreifen können und so einen sicheren Einstieg in das Sexualleben ohne Angst vor Krankheiten oder ungewollten Schwangerschaften haben können. Allgemein wäre es aber gesamtstaatlich wohl sinnvoll, mehr Mittel in Prävention zu stecken, anstatt finanziell bevorzugte Personen weiter zu bevorzugen.